

## **„Anatomie des Bösen“. Pläne, Richtlinien und Befehle der militärisch-politischen Führung Nazi-Deutschlands zur Besetzung der UdSSR**

Es bedurfte der Erfahrungen zweier Weltkriege, bis die Menschheit die Massenvernichtung von Zivilisten allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe endlich als Verbrechen gesetzlich definierte. Der Begriff „Völkermord“ wurde 1948 in das Völkerrecht aufgenommen, als die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Resolution 260 (III) die „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ verabschiedete. Die Konvention listet die Methoden des Völkermords auf: Tötung, Verursachung von schwerer körperlicher oder seelischer Schädigung, vorsätzliche Schaffung von Lebensbedingungen, die ganz oder teilweise auf die physische Zerstörung abzielen, Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten und die gewaltsame Überführung von Kindern.

Während des Großen Vaterländischen Krieges von 1941 bis 1945 wurden friedliche sowjetische Bürger, die sich in den Händen der Besatzer befanden, Opfer der schrecklichsten und am weitesten verbreiteten Art von Verbrechen, für die es damals noch keinen Namen gab (der Begriff „Völkermord“ selbst tauchte erst 1943 auf). Nazideutschland und seine Satellitenstaaten setzten sich nicht nur die militärische Niederlage der Sowjetunion und die Zerstörung ihres Staatssystems zum Ziel, sondern auch die „Säuberung der kolonisierten Gebiete“ von der Mehrheit der lokalen Bevölkerung bei gleichzeitiger Versklavung der verbleibenden Einwohner. In den besetzten sowjetischen Gebieten kam es zu einer beispiellosen Tragödie: Es wurden monströse Terrorakte und Gewalttaten in großem Umfang verübt. Dabei handelte es sich bei den Maßnahmen der deutschen Besatzungsbehörden nicht um willkürliche Auswüchse des Krieges, sondern um das Ergebnis einer systematischen und geplanten staatlichen Politik.

Erst nach den Erfahrungen zweier Weltkriege gelang es der Menschheit, die Massenvernichtung von Zivilisten allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe als Verbrechen rechtlich zu definieren. Der Begriff „Völkermord“ wurde 1948 in das Völkerrecht aufgenommen, als die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Resolution 260 (III) die „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ verabschiedete. Die Konvention listet die Methoden des Völkermords auf: Tötung, Verursachung von schwerer körperlicher oder seelischer Schädigung, vorsätzliche Schaffung von Lebensbedingungen, die ganz oder teilweise auf die physische Zerstörung einer Gruppe abzielen, Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten und die gewaltsame Überführung von Kindern.

Während des Großen Vaterländischen Krieges von 1941 bis 1945 wurden friedliche sowjetische Bürger, die sich in den Händen der Besatzer befanden, Opfer der schrecklichsten und am weitesten verbreiteten Art von Verbrechen, die damals noch keinen Namen hatte (der Begriff „Völkermord“ selbst tauchte erst 1943 auf). Nazideutschland und seine Satellitenstaaten setzten sich nicht nur die militärische Niederlage der Sowjetunion und die Zerstörung ihres Staatswesens zum Ziel, sondern auch die „Säuberung der besetzten Gebiete“ von der Mehrheit der lokalen Bevölkerung bei gleichzeitiger Versklavung der verbliebenen Einwohner. In den besetzten sowjetischen Gebieten kam es zu einer beispiellosen Tragödie: Es wurden monströse Terrorakte und Gewalttaten in großem Umfang verübt. Dabei handelte es sich bei den Maßnahmen der deutschen Besatzungsbehörden nicht um zufällige Auswüchse des Krieges, sondern um das Ergebnis einer systematischen und geplanten staatlichen Politik.

Die Ideologie, auf der das deutsche Besatzungsregime in der UdSSR aufgebaut war, hat ihre Wurzeln in der Theorie und Praxis des europäischen Kolonialismus in seiner zynischsten und unmenschlichsten Auslegung. Im Wesentlichen war Nazi-Deutschland das natürliche Ergebnis der Kristallisation der Hauptmerkmale der europäischen Kolonialtradition, die auf dem Konzept der rassischen Überlegenheit, der Eroberungslust und dem Völkermord beruhte. Die nationalsozialistische Führung vertrat eine „Rassentheorie“, die die Menschheit in eine Herrenrasse und eine Sklavenrasse unterteilte und die gesamte Weltgeschichte als Kampf der Rassen ums Überleben darstellte.<sup>[1]</sup> Diese Ideen wurden mit dem Slogan der deutschen Eliten des späten 19. und ersten Drittels des 20. Jahrhunderts vom „Lebensraum“ für das „territorial benachteiligte“ deutsche Volk überlagert. Das Konzept des „Lebensraums“ beinhaltete die Rechtfertigung für Eroberungen, die wirtschaftliche Ausbeutung von Völkern und Gebieten, die Befreiung des besten Teils der eroberten Gebiete von der lokalen Bevölkerung und deren Kolonisierung durch die Deutschen. Eine wichtige Rolle in diesen Plänen spielte die für Deutschland charakteristische Idee des „Drängens nach Osten“, das als barbarische slawische Peripherie Europas angesehen wurde. Dort sahen die Ideologen des deutschen Imperialismus die Möglichkeit, ihr „deutsches Amerika/Indien“ zu erobern. Um ihre Bestrebungen zu rechtfertigen, verbreiteten die Nazis die Idee, dass die Machtergreifung der Bolschewiki in Russland ein Zeichen Gottes für die Richtung künftiger Eroberungen sei.<sup>[2]</sup>

Gleichzeitig wurde in der nationalsozialistischen Propaganda Antikommunismus mit Antisemitismus verknüpft, wodurch das Bild eines „bolschewistischen Juden“ entstand, der die Macht über die slawischen „Untermenschen“ an sich gerissen hatte und zum Symbol für die größte Bedrohung der europäischen Zivilisation wurde. Die Mission Deutschlands bestand darin, die arische (weiße) Rasse vor den „Untermenschen“ und Europa vor den „asiatischen Horden“ (die Russen wurden als Erben der Hunnen und Mongolen dargestellt) zu schützen. Die Wehrmacht sollte Europa vor einer weiteren Invasion der Barbaren aus dem Osten schützen. Der deutsche Propagandaminister J. Goebbels formulierte es so: „Russen sind kein Volk, sondern ein Haufen Tiere ... Der Bolschewismus hat diese rassische Besonderheit des russischen Volkes nur hervorgehoben.“<sup>[3]</sup> Gleichzeitig sollte der Feldzug nach Osten zur Eroberung von „Lebensraum“ führen, wie A. Hitler es in Mein Kampf formulierte.

Während des Zweiten Weltkriegs beabsichtigte die deutsche Führung, ihre langfristigen Ziele im Osten durch die Errichtung einer militärischen Vorherrschaft bis an die Grenzen Asiens (bis zum Ural-Meridian), die Plünderung und groß angelegte Kolonisierung der eroberten Gebiete zu erreichen. Dies bedeutete die Zerstörung des sogenannten „jüdischen Bolschewismus“ (alle Formen der sowjetischen Staatlichkeit) und die Massenvernichtung der lokalen Bevölkerung. Für die deutsche Führung war die Niederlage der UdSSR und die Eroberung des osteuropäischen Raums eine entscheidende Etappe im Kampf um die Weltherrschaft, da dies die Schaffung eines wirtschaftlich unangreifbaren Reiches ermöglichen würde, das einen langen Krieg gegen Großbritannien und die USA führen könnte. Die Vorbereitungen für den Kampf gegen die Sowjetunion beschränkten sich nicht auf die Entwicklung einer militärischen Strategie. Maßnahmen zur Zerstückelung der UdSSR, zur wirtschaftlichen Ausbeutung und Plünderung ihrer nationalen Reichtümer und natürlichen Ressourcen sowie zur Versklavung und Vernichtung der sowjetischen Bevölkerung wurden im Voraus geplant.

Die veröffentlichten Dokumente zeigen, dass die deutsche Führung verschiedene Aspekte der künftigen Herrschaft im europäischen Teil der UdSSR sorgfältig plante. Archivmaterialien belegen eindeutig, dass der Krieg gegen die Sowjetunion von Anfang an ein „Vernichtungskrieg“ war. Die deutsche Führung erließ im Voraus Richtlinien, die Militärangehörige und Beamte von jeglicher Verantwortung für mögliche Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung der UdSSR entbanden. Damit wurden die Deutschen faktisch zu

solchen Verbrechen ermutigt. Mit diesem Ansatz gab es grundsätzlich keine hemmenden Faktoren für die deutsche Besatzungspolitik, die zwangsläufig zu einem groß angelegten Völkermord an der lokalen Bevölkerung führen musste und auch führte.

Bereits in seinen Reden vor der Wehrmachtsführung am 21. und 31. Juli 1940 betonte A. Hitler bei der Anordnung der Kriegsvorbereitungen gegen die UdSSR, dass dieser Krieg „das genaue Gegenteil eines normalen Krieges im Westen und Norden Europas“ sein werde, „da er nicht nur die Niederlage der feindlichen Streitkräfte, sondern auch „die Vernichtung Russlands als Staat“ vorsah, wobei die baltischen Staaten, Weißrussland und die Ukraine unter die direkte Kontrolle Deutschlands gestellt werden sollten.“<sup>[4]</sup> Am 5. Dezember bekräftigte Hitler während einer Diskussion über die Operation gegen die UdSSR, dass „das Ziel der Operation die Zerstörung der Lebenskraft Russlands ist. Es dürfen keine politischen Einheiten übrig bleiben, die zu einer Wiedergeburt fähig sind.“<sup>[5]</sup> In einer Rede vor den höchsten Vertretern der Wehrmacht am 9. Januar 1941 stellte Hitler fest, dass Deutschland durch die Niederlage der UdSSR „unverwundbar“ werde: „Die gigantischen Weiten Russlands enthalten unermessliche Reichtümer. Deutschland muss diese Räume wirtschaftlich und politisch kontrollieren, aber nicht annektieren. Auf diese Weise wird es alle Möglichkeiten haben, einen zukünftigen Kampf gegen die Kontinente zu führen, und dann wird es niemand mehr besiegen können.“<sup>[6]</sup>

Während der Sitzung am 30. März 1941 äußerte sich A. Hitler noch deutlicher. Er betrachtete den bevorstehenden Krieg als einen Zusammenprall zweier Weltanschauungen, bezeichnete den Bolschewismus als „Verbrechen gegen die Gesellschaft“ und den Kommunismus als „enorme Gefahr für die Zukunft“ und betonte, wie wichtig es sei, den Feind nicht mehr als Mitstreiter zu betrachten. „Ein Kommunist war nie unser Kamerad und wird es auch nie sein. Wir sprechen hier von einem Kampf bis zur Vernichtung.“ Daher wurde „die Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz“ ins Auge gefasst. Hitler betonte erneut den Unterschied zwischen dem Krieg im Osten und dem Krieg im Westen und kam zu dem Schluss, dass „im Osten Grausamkeit selbst ein Segen für die Zukunft ist.“<sup>[7]</sup> Die Festlegung „rassistischer“ Ziele im Krieg im Osten (die Ausrottung der Bevölkerung in den eroberten Gebieten und die Besiedlung dieser Gebiete durch Deutsche) ermöglichte es, die Notwendigkeit dieses Krieges politisch und ideologisch zu rechtfertigen, Kriegsverbrechen zu rechtfertigen und deutsche Soldaten zu motivieren sowie die Politik der Unterdrückung des Widerstands der eroberten Völker zu rechtfertigen, um das Eroberte zu „sichern“.

Solche Äußerungen des Führers führten zu einer ganzen Reihe entsprechender militärischer Befehle. Bereits am 13. Mai 1941 wurde die Richtlinie „Über die Militärgerichtsbarkeit im Barbarossa-Gebiet und Sonderbefugnisse der Truppen“ erlassen, wonach deutsche Soldaten und Offiziere von der Verantwortung für künftige Verbrechen im besetzten Gebiet der UdSSR befreit wurden, gegenüber Sowjetbürgern gnadenlos vorzugehen und ohne Gerichtsverfahren oder Ermittlungen an Ort und Stelle Repressalien gegen jeden zu verüben, der auch nur den geringsten Widerstand leistete. Am 19. Mai wurde die Anweisung „Über das Verhalten der Truppen in Russland“ erlassen, die „gnadenlose und entschlossene Maßnahmen gegen bolschewistische Rädelsführer, Partisanen, Saboteure, Juden und zur Unterdrückung jedes Versuchs aktiven oder passiven Widerstands“ vorschrieb. Am 6. Juni 1941 erschien die „Anweisung über die Behandlung politischer Kommissare“, die deren sofortige Erschießung nach ihrer Gefangennahme vorsah.

Reichsführer SS G. Himmler erhielt ebenfalls Sonderbefugnisse in den besetzten Gebieten und sollte nach dem Prinzip eines „entscheidenden Kampfes zwischen zwei gegensätzlichen politischen Systemen“ handeln, d. h. ein brutales Terrorregime in den besetzten Gebieten errichten. „Sonderaufgaben“, deren Durchführung vollständig der SS übertragen wurde, und das ‚Recht‘, ‚unabhängig und in eigener Verantwortung‘ zu handeln, bedeuteten Terror,

Raub, Gewalt und die Ermordung von Kriegsgefangenen und Zivilisten in großem Stil. Gleichzeitig sahen eine Reihe von Dokumenten eine enge Zusammenarbeit zwischen der Wehrmacht und der SS vor. Bereits am 28. April 1941 erließ der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, Feldmarschall General W. Brauchitsch, den Befehl über die „Verwendung der Sicherheitspolizei und des SD in den Heeresverbänden“, der die Zusammenarbeit des Kommandos der auf dem Gebiet der UdSSR operierenden Truppen mit vier speziell gebildeten Einsatzgruppen des SD (A, B, C, D) vorsah, die mit der Durchführung des Terrors gegen die Bevölkerung im Heeresrückraum betraut waren. Nach den Vorgaben der deutschen Führung sollten die Wehrmachtstruppen und die Einsatzgruppen die Bevölkerung der besetzten Gebiete einschüchtern und unterwerfen, indem sie ihren aktivsten Teil – Kommunisten, Komsomol-Mitglieder, Mitglieder lokaler Räte, die Intelligenz sowie Juden – gnadenlos ausrotteten. Damit wurden die organisatorischen Grundlagen für die Umsetzung der rassistischen Strategie der systematischen Vernichtung der Bevölkerung der UdSSR gelegt.<sup>[8]</sup>

Tatsächlich wurden solche Ziele nicht verheimlicht. Alle diese Befehle wurden dem für den Krieg gegen die Sowjetunion bestimmten Truppenpersonal mitgeteilt. So wurde in der Ausgabe der „Botschaften an die Truppen“, die im Juni 1941 von der militärischen Propagandaabteilung des OKW (Oberkommando der Wehrmacht) herausgegeben wurde, der Sinn des beginnenden Krieges ganz offen formuliert: „Es geht um die Vernichtung der roten Untermenschen, die in den Moskauer Herrschern verkörpert sind. Das deutsche Volk steht vor der größten Aufgabe seiner Geschichte. Die ganze Welt wird sehen, dass diese Aufgabe endgültig gelöst wird.“<sup>[9]</sup> Infolgedessen „wusste jeder Teilnehmer des Ostfeldzugs der Wehrmacht, dass er alles tun durfte und nicht vor ein Kriegsgericht gestellt werden würde.“<sup>[10]</sup>

Neben den militärischen Plänen wurden auch Pläne zur wirtschaftlichen Ausbeutung des sowjetischen Territoriums entwickelt, die „die Ergreifung aller Maßnahmen, die für die sofortige und bestmögliche Nutzung der besetzten Gebiete im Interesse Deutschlands notwendig sind“, vorsahen. Am 28. April 1941 wurde unter der Leitung von G. Göring das Hauptwirtschaftsamt „Ost“ geschaffen, das „die einheitliche Verwaltung der Wirtschaft im Kriegsschauplatz sowie in den später zu schaffenden Verwaltungsgebieten“ gewährleisten sollte.<sup>[11]</sup> Für die direkte Verwaltung der Fragen der wirtschaftlichen Nutzung der besetzten Gebiete der UdSSR schuf die Direktion für Militärwirtschaft und Rüstung der Wehrmacht unter der Leitung von General der Infanterie G. Thomas das Sonderwirtschaftsamt „Oldenburg“ (am 25. Juni 1941 umbenannt in Wirtschaftsamt „Ost“). Dieser Zentrale unterstanden die militärischen Wirtschaftsdienste der Wehrmacht: Wirtschaftsinspektionen, die unter dem Heeresheeresführungskommando eingerichtet wurden, Wirtschaftsteams unter den Sicherheitsheeresheeresführungskommandos und Wirtschaftsgruppen unter den Feldkommandanturen.

So entstand ein komplexes System militärisch-wirtschaftlicher und staatlich-monopolistischer Organe, das darauf abzielte, die Wirtschaft der besetzten sowjetischen Gebiete im Interesse Deutschlands auszurauben und zu nutzen. Den Rahmen dieses Systems bildeten die militärisch-wirtschaftlichen Organe der Wehrmacht, in denen auch hochrangige Beamte deutscher Staatsinstitutionen tätig waren. Diese Tätigkeit wurde durch die „Richtlinien für die Verwaltung der Wirtschaft in den besetzten Ostgebieten“ (aufgrund der Farbe des Einbands „Görings grüne Mappe“ genannt) geleitet, die vom Hauptwirtschaftsstab „Ost“ ausgearbeitet worden waren. Es war geplant, auf dem Gebiet der UdSSR die Gewinnung und den Import von Rohstoffen, die für das Funktionieren der deutschen Kriegswirtschaft wichtig waren, vor allem Öl und Lebensmittel, zu organisieren und eine Reihe von Fabriken zur Reparatur von Wehrmacht-Ausrüstung und zur Herstellung bestimmter Waffentypen wieder aufzubauen. Die meisten sowjetischen Industrieunternehmen, die zivile Produkte herstellten, sollten

zerstört werden.<sup>[12]</sup> Die Pläne zur wirtschaftlichen Ausbeutung des Territoriums der UdSSR waren mit der Notwendigkeit verbunden, den Krieg gegen Großbritannien fortzusetzen, und sahen die groß angelegte Ausbeutung von Ressourcen vor, was unweigerlich zu Hungersnöten und einem Anstieg der Sterblichkeitsrate der sowjetischen Bevölkerung führte. Ein wichtiges wirtschaftliches Problem der Militäraktion gegen die UdSSR war die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln<sup>[13]</sup>. Bereits am 23. Mai 1941 wurde in den allgemeinen Anweisungen des Hauptwirtschaftsstabs „Ost“ zur Agrarpolitik das Ziel festgelegt, „die deutschen Streitkräfte zu versorgen und die deutsche Zivilbevölkerung über viele Jahre hinweg mit Lebensmitteln zu versorgen“. Dies sollte erreicht werden, indem „der Eigenverbrauch Russlands durch die Einstellung aller Lieferungen von Überschussprodukten aus den südlichen Schwarzerdegebieten in die nördliche Nicht-Schwarzerdezone“, einschließlich Moskau und Leningrad, reduziert wurde. Die Verfasser des Dokuments waren sich vollkommen bewusst, dass dies zum Hungertod von Millionen Menschen führen würde, aber sie hatten nicht die Absicht, die Bevölkerung „auf Kosten der Versorgung Europas“ vor dem Hungertod zu retten. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, nach dem Einmarsch der Wehrmacht in die nördliche Nicht-Schwarzerde-Zone Russlands eine „einmalige Aktion zur Beschlagnahme“ der Ernte und des Viehbestands der Bauern durchzuführen, damit „diese nicht an die russische Bevölkerung gelangen“. Solche Pläne passten gut zum Hauptziel der deutschen Besatzungspolitik – der Befreiung der eroberten Gebiete für deutsche Kolonisten. Man ging davon aus, dass in naher Zukunft etwa 30 Millionen Bürger der UdSSR vernichtet werden könnten. Langfristig wurde unter der Schirmherrschaft des Reichsführers SS G. Himmler, der auch Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkes war, der Generalplan Ost entwickelt, der die Umsiedlung der Bevölkerung ganz Osteuropas nach Westsibirien und die Besiedlung des befreiten Gebiets mit deutschsprachiger Bevölkerung vorsah. Es ist möglich, dass das Wort „Umsiedlung“ ein Euphemismus war, der den geplanten Völkermord verschleierte. Eine der ursprünglichen Fassungen dieses Plans vom 15. Juli 1941 sah die Entfernung von 80 bis 85 % der Polen und Litauer, 75 % der Weißrussen, 65 % der Bevölkerung der Westukraine, 50 % der Esten, Lettinnen und Lettinnen sowie Tschechinnen und Tschechen aus Osteuropa – insgesamt 31 bis 45 Millionen Menschen. Im April 1942 wurden diese Zahlen dann auf 46 bis 51 Millionen erhöht. Das Gebiet der RSFSR sollte in eine Kolonie Deutschlands umgewandelt und seine Bevölkerung „ausgerottet“ oder über den Ural deportiert werden. In „kürzester Zeit“ sollten die Regionen Leningrad, Cherson und Belostok, die Krim und Westlitauen mit Deutschen besiedelt werden. Himmler genehmigte diesen Plan grundsätzlich, verlangte jedoch, dass er die „vollständige Germanisierung Estlands, Lettlands und des Generalgouvernements in Polen“ vorsehe.

Diese menschenverachtenden Pläne widmeten dem Problem des russischen Volkes besondere Aufmerksamkeit. In einem Dokument, das am 27. April 1942 von einem der Entwickler des Generalplans „Ost“, E. Wetzel, für G. Himmler erstellt wurde, hieß es, dass ohne „vollständige Vernichtung“ oder ohne Schwächung „der biologischen Kraft des russischen Volkes“ auf verschiedene Weise die „deutsche Herrschaft in Europa“ nicht hergestellt werden könne. „Es geht nicht nur darum, den Staat mit seinem Zentrum in Moskau zu besiegen“, schrieb er. „Die Verwirklichung dieses historischen Ziels würde niemals eine vollständige Lösung des Problems bedeuten. Es geht höchstwahrscheinlich darum, die Russen als Volk zu besiegen, sie zu spalten.“

Da sie von einer schnellen Niederlage der Roten Armee überzeugt war, beschloss die deutsche Führung im Voraus die Regierungsform in den besetzten Gebieten der UdSSR. Das sowjetische Territorium sollte in eine Reihe von sogenannten Reichskommissariaten aufgeteilt werden, deren Führer (aus Berlin ernannte Reichskommissare) mit den Befugnissen der obersten Autorität mit unbegrenzten Rechten gegenüber der Zivilbevölkerung ausgestattet



waren. Es war vorgesehen, eine Politik zu verfolgen, die auf die maximale Isolierung der lokalen Bevölkerung in jedem dieser Besitzungen von den Bewohnern anderer Reichskommissariate abzielte, mit dem Ziel, die Völker gegeneinander aufzuhetzen und das russische Volk in mehrere separate ethnische Gruppen zu spalten. Solche Pläne basierten auf der von A. Hitler am 17. März 1941 geäußerten Idee, dass „die von Stalin geförderte Intelligenz zerstört werden muss. Der Verwaltungsapparat des russischen Staates muss zerstört werden. Auf dem Gebiet Großrusslands ist der Einsatz brutalster Gewalt erforderlich. Ideologische Bindungen vereinen das russische Volk noch nicht stark genug. Sie werden mit der Liquidierung der Funktionäre zerstört werden“<sup>[14]</sup>.

Zunächst sollte das von der Wehrmacht besetzte Gebiet der UdSSR vom Militärkommando kontrolliert werden. Die etwa fünfzig Kilometer breite Frontzone wurde in eine Kampfzone (ein zwanzig Kilometer breiter Streifen ab der Frontlinie) und einen Heeresrückraum unterteilt. Noch weiter von der Frontlinie entfernt, in einer Tiefe von 360 bis 500 km, wurden rückwärtige Operationsgebiete der Heeresgruppen eingerichtet. Die gesamte Macht in diesen Gebieten lag in den Händen des Militärkommandos, das jeden Anflug von Widerstand der lokalen Bevölkerung unterdrücken musste. So erließ beispielsweise der Kommandeur des 1. Heeres, General der Kavallerie F. Kleffel, am 5. März 1942 einen Befehl, wonach „jede Tätigkeit von Zivilisten, die dem Feind nützt, und jede Art von Tätigkeit, die der Wehrmacht schaden kann (z. B. das Aufbewahren feindlicher Flugblätter), mit dem Tode zu bestrafen ist. Angesichts der besonderen Umstände dieses Krieges reicht in vielen Fällen bereits der Verdacht allein aus.“<sup>[15]</sup> Die wichtigsten Organe der Wehrmacht zur Ausübung des Terrors gegen die lokale Bevölkerung und zur Bekämpfung der Partisanenbewegung waren die Geheime Feldpolizei und die Abwehrkommandos, die im Hinterland operierten.<sup>[16]</sup>

Nach der Eroberung des Baltikums, Weißrusslands, der Ukraine, Moldawiens, eines Teils der Karelisch-Finnischen Republik und einer Reihe von Regionen und Gebieten der RSFSR teilten die deutschen Behörden das besetzte Gebiet der UdSSR in mehrere Teile auf. Das gesamte besetzte Gebiet der RSFSR stand unter der Kontrolle des Militärkommandos der Wehrmacht. In den Gebieten der Karelisch-Finnischen SSR wurde das Besatzungsregime von der von der finnischen Regierung geschaffenen „Militärverwaltung Ostkarelien“ durchgeführt. Am 1. August 1941 wurde ein Teil der Westukraine – die Regionen Lemberg, Drohobych, Stanislaw und Ternopil – dem polnischen „Generalgouvernement“ und die Region Bialystok Deutschland angegliedert. Am 30. August 1941 wurde die Region Czernowitz zusammen mit Bessarabien und dem Gebiet westlich des Südlichen Bug (das sogenannte „Transnistrien“) an Rumänien übergeben.

Für die politische Verwaltung der westlichen Gebiete der UdSSR wurde am 17. Juli 1941 in Berlin das Ministerium für die besetzten Ostgebiete unter der Leitung von A. Rosenberg geschaffen. Ihm unterstanden die am 1. September 1941 geschaffenen Reichskommissariate „Ostland“ und „Ukraine“. Das erste wurde auf dem Gebiet der estnischen, lettischen und litauischen SSR sowie eines Teils der weißrussischen SSR mit Sitz des Reichskommissars Gauleiter G. Lohse in Riga geschaffen. Das zweite umfasste Teile der Weißrussischen und Ukrainischen SSR mit Sitz des Reichskommissars Gauleiter E. Koch in Rovno. Jedes Reichskommissariat hatte vier Hauptabteilungen, die für die nationale und rassische Politik, Religion, Recht, Finanzen und Steuern, Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und andere Fragen zuständig waren. Das Reichskommissariat Ostland war in vier Generalkommissariate – Litauen, Lettland, Estland und Weißrussland – unterteilt, die von Generalkommissaren geleitet wurden.

Die Besatzungsbehörden zerstörten alle sowjetischen gewählten Staatsorgane. Es wurden Bezirke (Gebiete) unter der Leitung von Gebiets-Kommissaren eingeführt, die hauptsächlich in regionalen Zentren angesiedelt waren. In Bezirkszentren wurden Räte unter der Leitung von Bürgermeisterern eingesetzt, in anderen besiedelten Gebieten Älteste und Vorsteher. Die

Besatzer versuchten, den Anschein zu erwecken, dass die Macht in den Händen lokaler ziviler Verwaltungsorgane lag, tatsächlich aber gehörte alle Macht den militärischen Feldkommandanturen, denen Militärgarnisonen, Straforgane und die Polizei zur Verfügung standen; alle Bürgermeister, Ältesten und Vorsteher waren ihnen unterstellt. Das Besatzungsregime, dessen Hauptmethode rohe und offene Gewalt war, versetzte die sowjetische Bevölkerung in eine rechtlose Lage. Hinrichtungen, Raub, Brandstiftung, Vergewaltigung, Zwangsrekrutierung von Zivilisten für militärische Operationen, Geiselnahmen und Hinrichtungen, Zwangsmobilisierung in antisowjetische Formationen, Massenrepressionen gegen die Bevölkerung in der Partisanenzone – all dies wurde zum Alltag. Darüber hinaus waren nicht nur die Besatzungsbehörden für die Verbrechen verantwortlich, sondern auch einzelne Militärangehörige und Beamte, die aus eigener Initiative handelten und davon überzeugt waren, dass solche Handlungen von ihren Vorgesetzten nicht als Verbrechen angesehen würden.

Um die Kontrolle über die Bevölkerung zu organisieren und ihren möglichen Widerstand zu unterdrücken, teilte Reichsführer SS G. Himmler das gesamte besetzte Gebiet der UdSSR in drei Zonen ein, die von den von ihm ernannten höchsten Führern der SS und der Polizei geleitet wurden, die die Aktivitäten der Gestapo, der Kriminalpolizei und des SD koordinierten<sup>[17]</sup>. In der nördlichen Zone wurde diese Position von SS-Gruppenführer G.-A. Prützmann, in der mittleren Zone von SS-Obergruppenführer E. von dem Bach (Zelewski) und in der südlichen Zone von SS-Obergruppenführer F. Jeckeln. Im Oktober 1941 tauschten Prützmann und Jeckeln ihre Posten. Die SS-Strukturen waren im gesamten besetzten Gebiet tätig, unabhängig davon, ob diese Gebiete unter militärischer oder ziviler Kontrolle standen. Himmlers Haltung zur Rolle der SS in der UdSSR geht aus seiner Rede vom 13. Juli 1941 vor einer Gruppe von SS-Männern, die als Verstärkung zur SS-Kampfgruppe Nord nach Finnland geschickt wurden, deutlich hervor: „Dies ist ein Krieg der Ideologien und ein Kampf der Rassen. Auf der einen Seite steht der Nationalsozialismus: eine Ideologie, die auf den Werten unseres deutschen, nordischen Blutes basiert. Dort steht die Welt, wie wir sie uns wünschen: eine schöne, geordnete, sozial gerechte Welt, eine Welt, die zwar noch einige Mängel aufweist, aber insgesamt eine glückliche, schöne Welt ist, voller Kultur, so wie Deutschland. Auf der anderen Seite steht ein Volk von 180 Millionen Menschen, ein Mischmasch aus Rassen und Völkern, deren Namen unaussprechlich sind und deren physische Beschaffenheit so ist, dass man mit ihnen nichts anderes tun kann, als sie ohne Mitleid und Gnade zu erschießen.“<sup>[18]</sup> Das bekannteste Instrument für den Massenmord an der lokalen Bevölkerung in den ersten anderthalb Kriegsjahren waren die vier Einsatzgruppen des SD, die mindestens 700.000 bis 1 Million Menschen ermordeten. Wie jedoch Untersuchungen moderner deutscher Historiker gezeigt haben, führten die auf dem Gebiet der UdSSR operierenden deutschen Truppen die verbrecherischen Befehle ihres Kommandos massenhaft aus. In diesem Sinne gab es keinen grundlegenden Unterschied zwischen den Handlungen der Wehrmacht und der SS, wie dies in der deutschen Geschichtsschreibung während des Kalten Krieges oft behauptet wurde.<sup>[19]</sup> Im Allgemeinen waren die militärischen, zivilen und polizeilichen Besatzungsbehörden untrennbar miteinander verbundene Teile eines einzigen Terrorapparats.

Um den Widerstand der sowjetischen Bevölkerung zu brechen, setzte die deutsche Führung auf groß angelegten Terror, der die lokale Bevölkerung einschüchtern und zur physischen Vernichtung großer Menschenmassen führen sollte. Im Krieg gegen die UdSSR berücksichtigte die deutsche Führung weder völkerrechtliche Normen noch die Gebote der menschlichen Moral. Im gesamten besetzten Gebiet operierten sogenannte Sonderkommandos, die Massenhinrichtungen an sowjetischen Bürgern durchführten. Die Anführer der Kommandos hatten das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie Dörfer niederbrannten, zerstörten oder deren Einwohner deportierten.

Eine weit verbreitete Methode zur Ausrottung der sowjetischen Bevölkerung war die Organisation von Hungersnöten in den besetzten Gebieten durch die Beschlagnahmung von Lebensmitteln, um die Versorgung Deutschlands sicherzustellen. Dazu wurden folgende Mittel eingesetzt:

1. Beseitigung „überzähliger“ Esser (Juden, die Bevölkerung großer Städte, die oft überhaupt keine Lebensmittel erhielten);
2. extreme Reduzierung der Lebensmittelrationen für die Bevölkerung anderer Städte;
3. Verringerung des Verbrauchs der bäuerlichen Bevölkerung<sup>[20]</sup>.

Die Besatzer waren nur daran interessiert, das Leben der sowjetischen Bevölkerung zu erhalten, um sie für die Bedürfnisse des Krieges und die Umsetzung der anschließenden Kolonisierungspläne zu nutzen. Infolgedessen kam es bereits im Spätherbst 1941 in einem bedeutenden Teil der besetzten Gebiete zu einer Hungersnot. Besonders betroffen war die Bevölkerung in Großstädten und Regionen, die landwirtschaftliche Produkte konsumierten, da die Besatzungsbehörden jegliche Lieferungen aus den Lieferregionen untersagten und der Bevölkerung die Möglichkeit nahmen, die Eisenbahn und andere wichtige Verkehrsmittel zu nutzen. Am 13. November 1941 erklärte der Generalquartiermeister (Chef der Logistik) der Landstreitkräfte, Generalmajor E. Wagner, bei einem Treffen mit dem Chef des Generalstabs der Landstreitkräfte, Generaloberst F. Halder, in Orscha, dass „die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln katastrophal ist ... Die Bevölkerung erhält nur ein erbärmliches Minimum zum Überleben. Gleichzeitig ist die Lage in den ländlichen Gebieten mehr oder weniger erträglich. Im Gegensatz dazu ist die Frage der Lebensmittelversorgung der Großstädte völlig unlösbar.“<sup>[21]</sup>.

Am 25. November 1941 erklärte Reichsmarschall G. Göring in einem Gespräch mit dem italienischen Außenminister G. Ciano offen, dass „in diesem Jahr 20 bis 30 Millionen Menschen in Russland verhungern werden. Vielleicht ist das sogar gut, da die Zahl bestimmter Völker reduziert werden muss.“<sup>[22]</sup> Anfang März 1942 schrieb J. Goebbels in seinem Tagebuch: „Die Ernährungssituation in den besetzten Ostgebieten ist äußerst schwierig. Dort sterben Tausende und Zehntausende Menschen an Hunger, was absolut niemanden interessiert.“<sup>[23]</sup>.

Die katastrophale Versorgungslage wurde von den Besatzungsbehörden als zusätzliches Mittel genutzt, um die Bevölkerung zu zwingen, für Hungerrationen für die Besatzer zu arbeiten. Am 5. August 1941 wurde im besetzten Gebiet der UdSSR für alle Einwohner im Alter von 18 bis 45 Jahren und am 16. August für die jüdische Bevölkerung im Alter von 14 bis 60 Jahren der Arbeitsdienst eingeführt. Zu diesem Zweck wurden „Arbeitsdetachementen“ organisiert, und Personen, die sich der Arbeitspflicht entzogen, wurden streng bestraft. Die von den Besatzern errichteten Konzentrationslager, in die Hunderttausende verhaftete sowjetische Bürger verschleppt wurden, wurden ebenfalls zu einer Waffe zur Massenvernichtung von Menschen. Die Häftlinge wurden zu so intensiver Arbeit unter unmenschlichen Bedingungen gezwungen, dass sie bald starben. In den eroberten Gebieten wurde den Menschen die medizinische Versorgung vorenthalten, was zur Ausbreitung verschiedener Krankheiten beitrug.

Das Scheitern des Blitzkriegsplans im Herbst 1941 und die Niederlage der Wehrmacht bei Moskau führten dazu, dass die deutsche Führung mit dem Problem des Arbeitskräftemangels in der Wirtschaft konfrontiert war und versuchte, dieses durch die Zwangsdeportation von Sowjetbürgern zur Zwangsarbeit in Deutschland zu lösen.<sup>[24]</sup> Gleichzeitig sollte diese Maßnahme ein weiteres Instrument zur Schwächung des biologischen Potenzials des sowjetischen Volkes werden. Bereits Anfang November 1941 erteilte G. Göring den Befehl, den Einsatz der sowjetischen Bevölkerung für Arbeiten in Deutschland auszuweiten. Gemäß Görings Befehl vom 10. Januar 1942 nahm diese Politik massiven Charakter an. Zunächst wurden sowjetische Kriegsgefangene für die Arbeit eingesetzt, dann die Zivilbevölkerung der



besetzten Gebiete. Um die Frage der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte für Deutschland zu lösen, wurde am 21. März 1942 das Amt des Generalbevollmächtigten für den Einsatz von Arbeitskräften unter der Leitung von F. Sauckel eingerichtet. Bereits am 20. April entwickelte er das erste Programm zur Rekrutierung von Sklaven, das die Einfuhr von 1,6 Millionen Menschen aus der UdSSR sowohl durch freiwillige Rekrutierung als auch durch Zwangsdeportation vorsah. Es stellte sich jedoch heraus, dass die sowjetische Bevölkerung versuchte, diesem Unglück zu entgehen. Unter diesen Umständen begannen die deutschen Behörden, die Maßnahmen zur Deportation der Bevölkerung zu verschärfen und die Altersgrenze für potenzielle Arbeitskräfte zu senken. Insgesamt wurden zwischen 1941 und 1944 5.270.000 Menschen der sowjetischen Zivilbevölkerung zur Arbeit nach Deutschland verschleppt. Gleichzeitig erhielt die deutsche Führung neben der Beschaffung zusätzlicher Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie die Möglichkeit, mit Hilfe von Zwangsarbeitern die Voraussetzungen für die Auslöschung des sowjetischen Volkes zu schaffen. Insgesamt starben 2.164.000 der zur Arbeit nach Deutschland verschleppten Menschen.<sup>[25]</sup>

Die Misserfolge der Wehrmacht, die Gräueltaten der Besatzer, Hunger und Entbehrungen trugen zum Wachstum der Partisanenbewegung bei. Von Beginn des Krieges an setzten die deutschen Truppen bei ihren Militäroperationen gegen die Partisanen, die sie offiziell als Banditen bezeichneten, massiven Terror ein. In der Regel wurden bei Aktionen von Widerstandskämpfern alle Personen, die der Sympathie für die Partisanen verdächtigt wurden, sowie die gesamte männliche Bevölkerung des Gebiets erschossen. Ab Ende 1942 wurden die bei Antipartisanenoperationen gefangengenommene lokale Bevölkerung in Arbeitslager verschleppt. Tausende Dörfer wurden zerstört, ihre Bevölkerung ausgerottet und in Zwangsarbeit getrieben. Ab Anfang 1943 wurden Arbeitslager für Kinder eingerichtet, die für landwirtschaftliche Arbeiten eingesetzt wurden. Im Kampf gegen die Partisanen arbeiteten die Wehrmacht und die SS-Truppen eng zusammen, was durch entsprechende Befehle geregelt war. Die Besatzer bezogen verschiedene kollaborierende Formationen in den Kampf gegen die Partisanen ein und versuchten gleichzeitig, die verschiedenen Völker der UdSSR gegeneinander auszuspielen.

Anfang 1943 versuchte die deutsche Führung, durch einige Änderungen in der Propaganda in den besetzten sowjetischen Gebieten mehr Unterstützung bei der lokalen Bevölkerung zu erreichen.<sup>[27]</sup> Auf Befehl von J. Goebbels sollten offen kolonialistische und ausbeuterische Äußerungen unterlassen und die „Befreiungsmission“ der Wehrmacht im Kampf gegen den Bolschewismus betont werden. In dieser Situation begannen die Besatzungsbehörden, nächtliche Geheimverhaftungen durchzuführen. Bei Massenrazzien und Durchsuchungen versuchten sie zu betonen, dass sie nur Kommunisten verhafteten und dass Bürger, die nicht in der Politik engagiert waren, angeblich nicht angefasst würden. Die Besatzer begannen, Versammlungen der Einwohner abzuhalten, auf denen Nazi-Propagandisten erklärten, dass die deutschen Behörden Raub und Mord an Zivilisten strengstens verboten hätten. Die tatsächliche Praxis der Besatzungsbehörden stand jedoch in zu auffälligem Widerspruch zu solchen Erklärungen.

Nach der Niederlage der deutschen Truppen in Stalingrad erhielten die Besatzungsbehörden den Befehl, während des Rückzugs eine Politik der „verbrannten Erde“ zu betreiben – gezielte Maßnahmen zur militärischen und wirtschaftlichen Schwächung der UdSSR. Das deutsche Kommando hatte solche Maßnahmen erstmals während des Rückzugs bei Moskau ergriffen. So erließ die OKW am 21. Dezember 1941 einen Befehl, der insbesondere vorschrieb:

„4. Nachhutverbände und Rückzugsverbände haben (unter strengster Anleitung der zuständigen Kommandeure!) Folgendes durchzuführen:

a) Zerstörung (Brandstiftung) aller besiedelten Gebiete. Dörfer, die abseits der Fluchtwege liegen, sind durch Spezialtruppen in Brand zu setzen;

- b) Zerstörung aller verfügbaren Transportmittel und Viehbestände;
- c) Zerstörung oder Unbrauchbarmachung aller verfügbaren Produkte."<sup>[28]</sup>

Ende 1942 erarbeitete das Hauptquartier der Wirtschaftsführung „Ost“ Evakuierungsanweisungen, die die vorzeitige Entfernung aller für die deutsche Wirtschaft nützlichen Güter aus den bedrohten Gebieten und die vollständige Zerstörung aller nicht abtransportierbaren Güter, vor allem verschiedener Bauwerke und Verkehrswege, vorschrieben.<sup>[29]</sup> Auf der Grundlage von A. Hitlers Befehl Nr. 4 vom 14. Februar 1943 begannen die Besatzungsbehörden mit der Massenvertreibung der Bevölkerung zusammen mit den sich zurückziehenden Truppen, um die UdSSR ihrer Humanressourcen zu berauben.<sup>[30]</sup> In einer Ansprache an die Kommandeure der SS-Einheiten am 24. April 1943 erklärte H. Himmler ihnen offen die Bedeutung der „Politik der verbrannten Erde“. Der Reichsführer SS teilte seinen Kameraden schamlos mit, welches Schicksal das „russische Volk“ erwartete: „Entweder müssen sie nach Deutschland gebracht werden und dort als Arbeitskräfte dienen, oder sie müssen im Kampf umkommen. Und Menschen dem Feind zu überlassen, damit er wieder Arbeitskräfte und Streitkräfte hat, wäre meiner Meinung nach im Großen und Ganzen absolut falsch. Das darf unter keinen Umständen zugelassen werden. Und wenn diese Linie der Vernichtung der Menschen im Krieg konsequent durchgezogen wird, wovon ich überzeugt bin, dann werden die Russen bereits in diesem Jahr und im nächsten Winter ihre Kräfte verlieren und verbluten."<sup>[31]</sup>

Die deportierte Bevölkerung wurde sowohl für Arbeiten in Deutschland als auch für Verteidigungsarbeiten in den besetzten Gebieten der UdSSR eingesetzt. Sie, darunter Frauen und Kinder, wurden zu allen möglichen Arbeiten zugeteilt, um die sich zurückziehenden deutschen Truppen zu versorgen, darunter Straßenräumung und die Lieferung von Lebensmitteln zu Unterständen und Schützengräben unter Beschuss. Am 6. Februar 1943 veröffentlichte das OKH (Oberkommando der Heeresführung) einen Befehl über den Arbeitsdienst und die Einbeziehung der Bevölkerung in militärische Arbeiten in der Frontzone. Zu diesem Zweck wurden unter deutschem Schutz Arbeitslager und Arbeitskompanien eingerichtet. Sie wurden mit der Sammlung von Trophäen, Be- und Entladearbeiten, der Minenräumung, der Reparatur von Straßen und dem Bau von militärischen Befestigungsanlagen beauftragt. Im Sommer 1944 beschlossen die deutschen Behörden, Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren aus sowjetischem Gebiet nach Deutschland zu deportieren.<sup>[32]</sup> Darüber hinaus entführten die Nazis 15-jährige Jugendliche, die in der Industrie und als Hilfskräfte bei der Luftwaffe eingesetzt wurden.

Auf diese Weise sollte die militärische Macht des Feindes geschwächt, seine biologischen Ressourcen für die Zukunft untergraben und auch Druck auf die Erwachsenen ausgeübt werden, damit sie sich freiwillig zusammen mit den sich zurückziehenden Wehrmachtstruppen evakuieren ließen. Natürlich verstärkten solche Maßnahmen nur den Widerstand der sowjetischen Bevölkerung. Als Reaktion darauf weiteten die deutschen Besatzungsbehörden 1943–1944 die Anwendung der Todesstrafe weiter aus. Eine weit verbreitete repressive Maßnahme war die Brandstiftung in Siedlungen, oft zusammen mit den Bewohnern, die nicht evakuiert werden wollten.<sup>[33]</sup> Viele der Konzentrationslager für die aus ihren Häusern vertriebene Bevölkerung befanden sich in der Frontzone, um die Offensive der Roten Armee zu behindern. In diesen Lagern wurden vor allem behinderte Frauen, Kinder und alte Menschen unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten. Dort brachen häufig verschiedene Epidemien aus, die zum Tod von Häftlingen führten und eine Gefahr für die Bewohner der Umgebung darstellten.

Die Ereignisse des Großen Vaterländischen Krieges können nicht vollständig verstanden werden, ohne die Vernichtungspolitik der Nazis gegen die multinationale Bevölkerung der UdSSR und die Zukunftspläne für das sowjetische Volk zu berücksichtigen. Bis heute ist nicht genau bekannt, wie viele Zivilisten in den besetzten Gebieten auf verschiedene Weise

getötet wurden. Schätzungen moderner Forscher zur Gesamtzahl der Opfer des Völkermords der Nazis liegen zwischen 15,9 und 17,4 Millionen sowjetischen Bürgern.<sup>[34]</sup> Somit waren die meisten Kriegsoffer Menschen, die im Rahmen der vorab geplanten Besatzungspolitik Nazi-Deutschlands und seiner Satellitenstaaten bewusst vernichtet wurden.

*Doktor der Geschichtswissenschaften M.I. Meltyukhov*

[1] *Sarkisyan M.* Englische Wurzeln des deutschen Faschismus: Von der britischen zur österreichisch-bayerischen „Herrenrasse“: Vorlesungsreihe an der Universität Heidelberg / Aus dem Deutschen übersetzt. St. Petersburg, 2003.

[2] *Bernhardi F. von.* Unsere Zukunft. Appell an das deutsche Volk / Aus dem Deutschen übersetzt. St. Petersburg, 1914; Weltherrschaft im Visier. Dokumente zum Europa- und Weltherrschaftsplan des deutschen Imperialismus vom Unabhängigkeitskrieg bis Mai 1945. Berlin, 1975; *Aichholz D.* Deutschlands Ziele im Krieg gegen die UdSSR. Zur Verantwortung der deutschen Eliten für die aggressive Politik und die Verbrechen des Nationalsozialismus // Neue und zeitgenössische Geschichte. 2002. Nr. 6. S. 62–89.

[3] *Dallin A.* Die eroberten Gebiete der UdSSR unter nationalsozialistischer Herrschaft: Die Besatzungspolitik des Dritten Reiches, 1941–1945 / Aus dem Englischen übersetzt. Moskau, 2019. S. 65.

[4] *Halder F.* Kriegstagebuch: Tägliche Einträge des Chefs des Generalstabs der Landstreitkräfte, 1939–1942. In 3 Bänden / Aus dem Deutschen übersetzt. Band 2: Von der geplanten Invasion Englands bis zum Beginn des Ostfeldzugs (1.7.1940–21.6.1941). Moskau, 1969. S. 80–81.

[5] Halder F. Op. cit. Band 2. S. 278.

[6] *Dashichev V.I.* Der Bankrott der Strategie des deutschen Faschismus. Historische Essays, Dokumente und Materialien. In 2 Bänden. Moskau, 1973. Band 2: Aggression gegen die UdSSR. Der Untergang des „Dritten Reiches“. 1941–1945. S. 94; *Fest I.K.* Hitler: Biografie. In 3 Bänden / Aus dem Deutschen übersetzt. Perm, 1993. Band 3. S. 232.

[7] Halder F. Op. cit. Band 2. S. 430–431.

[8] *Messerschmitt M.* Wehrmacht, Ostfeldzug und Tradition // Zweiter Weltkrieg. Diskussionen. Haupttendenzen. Forschungsergebnisse / Aus dem Deutschen übersetzt. Moskau, 1996. S. 251–262.

[9] *Vette V.* Das Bild des Feindes: Rassistische Elemente in der deutschen Propaganda gegen die Sowjetunion // Russland und Deutschland in Krieg und Frieden (1941–1995). Moskau, 1995. S. 236.

[10] *Wette V.* Vernichtungskrieg: Die Wehrmacht und der Holocaust // Moderne und Zeitgeschichte. 1999. Nr. 3. S. 72–79.

[11] Nürnberger Prozesse gegen die Hauptverbrecher des deutschen Volkes. Materialsammlung in 3 Bänden. Band 1: Die Verschwörung der Nazis gegen den Frieden und die Menschheit. Verbrechen der deutschen Monopole. Moskau, 1965. S. 157–158.

[12] Nürnberger Prozesse. Sammlung von Materialien in 8 Bänden. Band 4. Moskau, 1990. S. 365–391.

[13] Müller R.-D. „Die Volksgemeinschaft“: Das Lebensmittelproblem, Ausbeutung und Vernichtung // Der Zweite Weltkrieg. Diskussionen. Haupttendenzen. Forschungsergebnisse / Übersetzt aus dem Deutschen. Moskau, 1996. S. 189–196. Diskussionen. Haupttendenzen. Forschungsergebnisse / Aus dem Deutschen übersetzt. Moskau, 1996. S. 189–196.

[14] Halder F. Kriegstagebuch. Zusammenfassung der Arbeiten der Chefs des Generalstabs des Heeres 1939–1942. Bd. II. Stuttgart, 1962. S. 320; Müller N. Die Wehrmacht und die Besatzung. (1941–1944). Über die Rolle der Wehrmacht und ihrer Führungsorgane bei der Durchführung der Besatzungsordnung auf sowjetischem Gebiet / Aus dem Deutschen

übersetzt. Moskau, 1974. S. 111.

[15] Müller N. Die Wehrmacht und die Besatzung. (1941–1944). Über die Rolle der Wehrmacht und ihrer Führungsorgane bei der Durchführung der Besatzungsordnung auf sowjetischem Gebiet / Aus dem Deutschen übersetzt. Moskau, 1974. S. 109.

[16] Ioffe E.G. Abwehr, Sicherheitspolizei und SD, Geheimpolizei, Abteilung „Ausländische Heere – Osten“ in den westlichen Gebieten der UdSSR: Strategie und Taktik, 1939–1945. Minsk, 2008.

[17] Byrne R.B. Himmlers Stellvertreter // Der Zweite Weltkrieg. Diskussionen. Haupttendenzen. Forschungsergebnisse / Aus dem Deutschen übersetzt. Moskau, 1996. S. 218–226.

[18] Stein GH Die Waffen-SS. Hitlers Elite im Krieg 1939–1945. London, 1966, S. 126–127.

[19] Ohne Mitleid und ohne Zweifel: Dokumente über die Verbrechen der Einsatzgruppen und Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD in den vorübergehend besetzten Gebieten der UdSSR 1941–1944. In 3 Teilen. Dnepropetrowsk, 2008–2009; Remer F. Criminal Order: The German Army and War Crimes on the Eastern Front, 1941–1942 // War of Extermination: Nazi Genocide Policy in Eastern Europe. Moskau, 2010. S. 87–93; Kudryashov S.V. Deutsche Einsatzgruppen während des Krieges // Vernichtungskrieg: Die nationalsozialistische Völkermordpolitik in Osteuropa. Moskau, 2010. S. 158–175.

[20] Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. Band XXXII. Nürnberg, 1948. S. 74.

[21] Müller N. Die Wehrmacht und die Besatzung. (1941–1944). S. 132.

[22] Vette V. Das Bild des Feindes: Rassistische Elemente in der deutschen Propaganda gegen die Sowjetunion // Russland und Deutschland in Krieg und Frieden (1941–1995). Moskau, 1995. S. 233.

[23] Müller N. Die Wehrmacht und die Besatzung. (1941–1944). S. 132.

[24] Müller R.-D. Zwangsrekrutierung von „Ostarbeitern“. 1941–1944 // Der Zweite Weltkrieg. Diskussionen. Haupttendenzen. Forschungsergebnisse / Aus dem Deutschen übersetzt. Moskau, 1996. S. 609–618.

[25] Allrussisches Buch der Erinnerung, 1941–1945. Rezensionenband. Moskau, 1995. S. 406.

[26] Siehe beispielsweise: „Winterzauber“. Nazi-Strafaktion im belarussisch-lettischen Grenzgebiet, Februar – März 1943: Dokumente und Materialien. Moskau, 2013; „Cottbus“. Nazi-Strafaktion in Belarus, Mai – Juni 1943: Dokumente und Materialien. Minsk, 2018.

[27] Okorokov A.V. Sonderfront: Deutsche Propaganda an der Ostfront während des Zweiten Weltkriegs. Moskau, 2007.

[28] Müller N. Die Wehrmacht und die Besatzung. (1941–1944). S. 153.

[29] Müller N. Dekret. op. S. 301–302.

[30] Müller N. Verordnung. op. S. 319.

[31] Himmler Heinrich. Der Krieg von 1933 bis 1945 und andere Verlautbarungen. Frankfurt am Main, 1974. S. 186–187; Deutschlands Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945: Dokumentarische Ausstellung der Stadt Berlin zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. Berlin, 1992, S. 103–104. Der vollständige Text der Rede ist in englischer Übersetzung veröffentlicht in: Nazi Conspiracy and Aggression. Band IV. Washington, 1946, S. 572–578.

[32] Müller N. Die Wehrmacht und die Besatzung. (1941–1944). S. 324.

[33] Verbrannte Dörfer in Belarus, 1941–1944: Dokumente und Materialien. Moskau, 2017; Verbrannte Dörfer in Russland, 1941–1944: Dokumente und Materialien. Moskau, 2017.

[34] Jakowlew E.N. Vernichtungskrieg. Was das Dritte Reich für Russland vorbereitete. St. Petersburg, 2017; Djukow A.R. Wofür das sowjetische Volk kämpfte. St. Petersburg, 2019.

